



**Dr. Gesine Lötzsch**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende  
Haushaltspolitische Sprecherin

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# kurz & bündig

## **Abzocke**

3,9 Cent pro Minute bezahlen Arbeitslose für einen Anruf bei der Arbeitsagentur. Das ist unverschämte, wenn man bedenkt, dass Arbeitslose über Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben und dann im Versicherungsfall von der Arbeitsagentur abgezockt werden. Die Bundesregierung begründete auf meine Anfrage hin dieses Vorgehen wie folgt: „Als Alternative bestand die Möglichkeit einer gänzlich gebührenfreien Rufnummer. Diese birgt ein erhöhtes Kostenrisiko, da die Anrufer auf die Gesprächsdauer keine Rücksicht nehmen müssten.“ Geht man so mit seinen Kunden um? Die Telekom wird sich über den Deal freuen, denn 2007 gingen 50 Millionen Anrufe bei der Arbeitsagentur ein. In Anbetracht der Tatsache, dass einem Arbeitslosen ca. 23 Euro Telefonpauschale für den gesamten Monat zur Verfügung stehen, ist die Abzocke besonders perfide. DIE LINKE fordert in einem Antrag kostenfreie Anrufe für die Kunden der Bundesagentur für Arbeit.

## **Sperrungen**

Immer mehr Arbeitslose werden von den Arbeitsagenturen gesperrt. Gemeint sind Kürzungen des Arbeitslosen-

# Har(t)zfeuer

Heute habe ich 400 Tomatenpflanzen der Sorte „Harzfeuer“ – sehr schmackhaft! – auf den Straßen Lichtenbergs verteilt. Mit dieser Aktion will ich auf die geschmacklosen Arbeitsmarktgesetze aufmerksam machen.

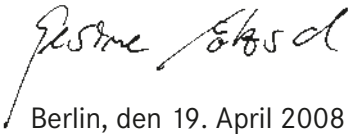
Die Hartz-Gesetze haben nicht mehr Arbeit, sondern mehr Unsicherheit, mehr Armut und mehr Verbitterung geschaffen. Über eine Million Erwerbstätige müssen ihre zum Leben zu geringen Löhne mit ALG II aufstocken. Ostdeutschland wurde von den Hartz-Reformen besonders hart getroffen. 2007 waren in Ostdeutschland fast 30 Prozent der geringfügig entlohnt Beschäftigten so genannte „Aufstocker“.

Durch Leiharbeit, Mini- und Ein-Euro-Jobs werden gut bezahlte Arbeitsplätze zerstört. Rationalisierungs- und Entlassungs-Manager filetieren Arbeitsplätze wie Fische. Übrig bleiben Jobs, von denen man nicht leben kann. Wir sehen nicht ein, dass Manager aus guter Arbeit schlechte Arbeit machen und der Staat diese schlecht bezahlten Arbeitsplätze noch mit bezahlt.

DIE LINKE fordert eine sofortige Anhebung des ALG II auf 435 Euro im Monat. Langfristig wollen wir die Hartz-Gesetze überwinden und eine bedarfsorientierte Grundsicherung einführen.

Auch wenn die Tomatenpflanzen früher Früchte tragen sollten als unser Widerstand gegen die Hartz-Gesetze, wird DIE LINKE sich weiter gegen diese Armuts Gesetze und für gute Arbeit einsetzen.

Ihre direkt gewählte Bundestagsabgeordnete



Berlin, den 19. April 2008

geldes von 10 bis 100 Prozent, Streichung der Heiz- und Mietkosten eingeschlossen. Das sind harte Strafen, doch sind sie immer gerechtfertigt? Bei ALG II-Empfängern sind die Sperrungen im Vergleich zum Vorjahr um zwei Drittel gestiegen. Ein Drittel der Widersprüche gegen diese Sperrungen waren erfolgreich. Bei Widersprüchen von ALG I-Empfängern wurde fast die Hälfte der Widersprüche anerkannt. Die Sperrungen scheinen weniger mit dem Verhalten der Arbeitslosen zu tun zu haben als viel mehr mit den Sparvorgaben der Bundesagentur. DIE LINKE fordert, die Drangsalierung der Arbeitslosen zu beenden.

**Niedriglöhne – Mini-Renten**  
2006 waren 6,5 Millionen Menschen in Deutschland im Niedriglohnsektor beschäftigt. Das sind über 22 Prozent aller abhängig Beschäftigten. Damit liegt der Anteil der Niedriglöhner in unserem Land höher als in Dänemark, Frankreich und in den Niederlanden. Drei Viertel dieser Niedriglöhner haben entweder eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen akademischen Abschluss. Der Niedriglohnsektor wird gern von der CDU-SPD-Koalition gefeiert, doch keiner dieser Koalitionäre würde für dieses Geld arbeiten. Was oft vergessen wird: Auf Niedriglöhne folgen Mini-Renten.

## Gewinnspiel

### iPod zu gewinnen

Wenn Sie die folgende Frage richtig beantworten, dann können Sie einen iPod gewinnen.

**Welche Fraktion im Deutschen Bundestag forderte in einem Antrag die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 7 Prozent für Kinderbedarfsartikel?**

- a) SPD
- b) CDU
- c) DIE LINKE

Die Antwort per E-Mail oder Post an meine Adresse schicken. Siehe Impressum.

## Impressum

Deutscher Bundestag, Büro MdB Dr. Gesine Lötzsch

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 22771787, Fax 030 22776070

E-Mail [gesine.loetzsch@bundestag.de](mailto:gesine.loetzsch@bundestag.de), [www.gesine-loetzsch.de](http://www.gesine-loetzsch.de)

V.i.S.d.P.: Dr. Gesine Lötzsch